



Niederschrift

1. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Juli 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 11 der Tagesordnung: Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe im CO2-Abgabe e. V.

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0645

Beschluss:

Verwiesen in den Fachausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf:

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Wir haben in den vergangenen Wochen häufig über das Thema Klimaschutz in Karlsruhe geredet und der alte Gemeinderat, in alter Zusammensetzung, war sich darüber ganz klar, - Ja, wir müssen hier ambitionierte Klimaziele verfolgen. Die GRÜNEN und ich sind uns ganz sicher, in der neuen Zusammensetzung des Gemeinderats werden wir diesen Weg weiter gehen. Wir haben in Karlsruhe ambitionierte Klimaziele und wir wollen CO2-neutral werden und zwar möglichst schnell. Dafür haben wir eine Reihe an kommunalen Instrumenten, um das auch umzusetzen. Aber wir wissen, wirkliche CO2-Neutralität hängt auch viel von den Rahmenbedingungen ab, die uns auf Bundesebene gesetzt werden. Wenn wir unsere städtischen Ziele erreichen wollen, dann brauchen wir dafür die richtigen Rahmenbedingungen. Das Instrument einer CO2-Abgabe oder CO2-Steuer ist ein Instrument, das, in der Fachsprache sagt man, externe Kosten internalisiert, und es wird dadurch möglich, die Kosten, die eine Tonne CO2 volkswirtschaftlich verursacht, dann am Ende auch auf die Menschen umzulegen, die es tatsächlich verbrauchen. Das ist eine sozial gerechte Möglichkeit, die Kosten der Energiewende und des Klimaschutzes umzulegen und erneuerbare Energien weiter zu fördern und zu unterstützen. Wir freuen uns sehr, dass die Stadt Karlsruhe hier in der Verwaltung so positiv auf unseren Antrag reagiert hat und unser Ziel, diesem CO2-Abgabe-Verein beizutreten, unterstützt. Dem bleibt nichts hinzuzufügen und vielen Dank für die positive Antwort.

Stadtrat Meier (CDU): In der letzten Sitzung des alten Gemeinderats bei der Debatte um die unselige Ausrufung des Klimanotstandes, haben wir deutlich dargelegt, dass wir ganz klar für den Klimaschutz eintreten, aber nicht populistischen Schaufensteranträgen hinterherlaufen. Wir wollen hier in Karlsruhe konkrete Maßnahmen unterstützen. In der öffentlichen Wahrnehmung wird derzeit leider nicht dargestellt, dass wir als CDU auf den entsprechenden Ebenen seit vielen Jahren uns für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen und somit für aktiven Umweltschutz eintreten, möglichst mit dem Einklang der Ökologie und der Ökonomie. Nun liegt mit dem Antrag in der heutigen ersten Sitzung des neuen Gemeinderates erneut ein solcher Antrag vor, der die Welt kein bisschen besser macht und dem Klima in Karlsruhe kein bisschen hilft. Anstatt - und dafür möchten wir uns als CDU in Zukunft weiter einsetzen - konkrete Maßnahmen unseres guten Klimaschutzgesetzes und dessen Fortschreibung zu fördern, begehrt dieser Antrag, Karlsruhe hinter einem anonymen Verein mit undurchsichtigen Lobbystrukturen zu spannen. Eine weitere unsinnige Mitgliedschaft unserer Stadt. Wir denken, die Verwaltung der Stadt Karlsruhe ist gut genug aufgestellt, um sich, sobald es zu Entscheidungen auf Bundes- und Europaebene, die das Thema CO₂ betreffen, kommt, hier entscheidend einzubringen, und von daher brauchen wir unserer Ansicht nach keinen Verein, der in Freiburg sitzt. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab, und ich betone noch mal für die CDU, wir sind schon immer für Klimaschutz, aber bitte bei konkreten Maßnahmen und nicht mit solchen Schaufensteranträgen.

Stadtrat Huber (SPD): Wir sehen es ein bisschen anders als die CDU, wir wollen dem Antrag folgen. Wir sehen auch, dass die CO₂-Besteuerung ein gutes Instrument ist, um die CO₂-Immission zu reduzieren, möchten aber ganz klar den Sozialverträglichkeitsfaktor unterstreichen, und das steht auch so im Antrag, das hat uns sehr gefreut. Dennoch, und da bin ich auch ein bisschen bei meinem Vorredner, es ist nicht unsere Aufgabe als Stadtrat über dieses Thema zu debattieren. Viel wichtiger ist es, dass wir die Dinge vor Ort entscheiden, die wir beeinflussen können. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir einen Standpunkt einnehmen, und ich glaube, mit einer Mitgliedschaft in diesem Verein haben wir dann einen ganz klaren Standpunkt eingenommen. Wir haben uns aber im Zuge des Antrags eine Frage gestellt, wir haben uns gefragt, was denn eigentlich mit diesem Verein passiert, wenn das Ziel die CO₂-Besteuerung erreicht ist. Wir hoffen, dass dies auch bald eintritt. Wir haben dann in die Satzung geschaut und haben festgestellt, dass es dazu nichts gibt. Deswegen haben wir eine Bitte an die Verwaltung, schon an der Stelle für den Fall, dass wir uns für diesen Antrag positiv entschließen, dass man dann zu einem gegebenen Zeitpunkt noch mal darüber berät, ob es dann wirklich notwendig ist, weiter in dem Verein zu sein, wenn er sein Ziel positiv erreicht hat.

Stadtrat Høyem (FDP): Unsere GRÜNEN Kollegen versuchen oft hier im Gemeinderat die Bundespolitik zu diskutieren. Sie, Herr Oberbürgermeister, sind für die Tagesordnung zuständig, und wenn Sie ein bundespolitisches Thema akzeptieren, müssen wir es diskutieren. Die GRÜNEN und alle anderen politischen Parteien sind in Berlin direkt repräsentiert und haben die Möglichkeiten, die Bundespolitik mitzugestalten. Es ist schwer zu verstehen, warum wir als Kommune in eine Lobbyorganisation eintreten sollen, mit dem Ziel, die Bundespolitiker unsere Kolleginnen und Kollegen zu beeinflussen. Wie ich auch in unserer letzten Sitzung gesagt habe, ist es schwierig, auch die Grünen in der Klimadebatte ernst zu nehmen, wenn man als Argumentation die letzten paar Jahre benutzt. Klimawandel muss man über mehrere Jahre verfolgen, eine Argumentation auf eine kurze Periode zu benutzen, ist ganz einfach nicht wissenschaftlich seriös. Wir Liberalen meinen auch, dass Emissionen gepreist werden müssen. Die alte Plan-Ökonomie hat wieder und wieder versagt, wir

wünschen deshalb den Markt zu benutzen und eine internationale Emissionsbörse einzurichten. Diesen Vorschlag und diese Vision bringen wir mit, falls wir in Regierungsgespräche kommen sollten, dazu brauchen wir keine Lobby-Organisation. Ich kenne keine andere Partei als die GRÜNEN, die das Wort Steuer so sanft und romantisch aussprechen kann, sodass die Leute nahezu denken müssen, dass Steuer ein Geschenk ist, vielleicht weil die GRÜNEN Wähler generell gute Einnahmen haben. Aber Steuer bedeutet, egal wie man das camoufliert, mehr Geld von den Bürgern wegzunehmen. Wir wollen und müssen auch in Karlsruhe die Klimadebatte führen, aber es wäre gut, wenn wir uns mit neuen Ideen den Herausforderungen stellen könnten. Alte planökonomische Steuermodelle wie Lobbyismus zu verbreiten ist Vergangenheitspolitik. Wir brauchen neue Ideen und Forschung und Technologien, und glücklicherweise ist Karlsruhe gerade hier mit an der Spitze.

Stadtrat Schnell (AfD): Der CO₂-Abgabe-Verein tritt, wie der Name schon sagt, für die Abgabe der nationalen CO₂-Steuer ein, und das lehnt die AfD grundsätzlich ab, auf Bundesebene sowieso. Herr Kollege Meier, Sie haben gesagt, der Verein sei undurchsichtig, ich habe mir mal die Webseite angesehen, das sollten Sie auch mal tun. Der geschäftsführende Vorstand ist ein freier Mitarbeiter der Solares Bauen GmbH. Im Beirat sitzt unter anderem ein Vorstand der wpd AG, die befassen sich mit Planung, Realisierung und Betrieb von Windparks im In- und Ausland und der Geschäftsführer der Solares Bauen GmbH sitzt auch im Beirat. Für mich entsteht hier der Eindruck, dass der e. V. ganz massiv die kommerziellen Interessen ausgewählter Companys fördert, mithin sehe ich einen Lobbyverein wie aus dem Lehrbuch - Einfluss nehmen, abkassieren. So einem Verein sollte die Stadt nicht beitreten. Deshalb lehnen wir den Beitritt zu diesem Verein ab. Wenn die GRÜNEN-Fraktion die Reduktion des CO₂-Ausstosses verringern will, dann geht doch mal mit gutem Beispiel voran: nach Krasnodar fliegt Ihr nicht hin, sondern nehmt den Zug, die russischen Staatsbahnen bringen euch sicher in knapp drei Tagen dort hin.

Stadtrat Wenzel (FW): Als ich diesen Antrag gelesen habe, war ich erst mal überrascht. Hoppla, ein Antrag, der nicht kommunaler Natur ist, sondern wieder mal die große Keule der CO₂-Emission und des Klimawandels schwingt und das Thema moralpopulistisch hierher bringt. Mein Kollege Schnell hat gerade erzählt, welche Interessen dieser Verein hat, wer in bestückt und ich habe nicht gewagt, das Thema Lobbyverein zu nennen. Ich glaube, er wurde auch enttarnt. Dass er auch noch in Freiburg sitzt, ist auch noch ein Thema, das leider nicht aufkam. Dann kostet der Verein uns auch noch 3050,- Euro. Ich habe mal nachgelesen, damit hätte man 2.500 Setzlinge für die Stadt kaufen können, die in mindestens fünf Jahren ein Volumen für die Nachpflanzung erreichen könnten, soviel wie etwa 2.000 Fahrzeuge CO₂ ausstoßen. Das wäre ein symbolischer und sinnvoller Akt. Der ganze Antrag ist, wie in der letzten Zeit, bundespolitisch aufgemotzt. Die AfD und die Freien Wähler haben massive Probleme mit solchen Anträgen. Ich habe mich jetzt auch mal ein bisschen schlau gemacht, nicht ganz Deutschland fordert die CO₂-Steuer. Gerade vor zwei Tagen hat der Deutsche Mieterbund massive Belastungen für die Mieter in Deutschland befürchtet, wenn fossile Brennstoffe wie Heizöl, Gas und Strom und so weiter teurer werden. Der DGB fürchtet die Einführung der CO₂-Steuer, er warnt vor den Belastungen durch diese Steuer für Pendler und Arbeitnehmer. Es ist tatsächlich so, derjenige, der in Deutschland verdient, Steuern zahlt und zur Arbeit muss, ist der Leittragende einer Steuer, von der wir nicht mal wissen, ob sie auch nur ein Milligramm CO₂ reduzieren wird. Ich bin dafür, dass wir Maßnahmen treffen, Nachverdichtung kritisch sehen, dass wir Aufforstungen dort praktizieren, wo es Sinn macht und diese Stadt wieder zu einer grünen Stadt mit vielen

Bäumen machen. Wir verlieren Bäume noch und noch und das wäre etwas, wo wir mittragen würden, aber dieser Antrag ist für meine Fraktion so nicht mittragbar.

Stadträtin Binder (Die LINKE): Ob dreieinhalbtausend Euro jetzt viel oder wenig Geld ist, darüber kann man jetzt streiten, ich würde mal sagen, unsere Gesellschaft kostet es weit mehr, wenn wir nicht endlich lernen mit dieser Belastung umzugehen, wenn wir nicht endlich ernst nehmen, dass dieser Klimanotstand bereits besteht und wir ganz dringend noch viel mehr zivilgesellschaftliches Engagement brauchen, um dieser Klimaveränderung entgegen zu wirken. Von daher denke ich ist es unterstützenswert, wenn sich eine zivilgesellschaftliche Organisation um ein so wichtiges Thema kümmert. Wir als Stadt und Gemeinderat haben durchaus Einfluss auf die Besetzung von Führungspositionen in diesem Verein, aber ich sage Ihnen ehrlich, wenn es um Lobby geht, da kenne ich ganz andere Vereine, wo es dringend notwendig wäre, dass man da mal Inkompetenz aus den Spitzen der Organisation vertreibt, und ich würde sagen, es spricht nur für den Verein, wenn tatsächlich Leute aktiv sind, die eine Ahnung vom Thema haben. Ich bedauere es sehr, dass es uns nicht gelingt in unseren neuen Technologiepark ein bisschen mehr Solartechnik mit zu installieren, das wäre mir ein Anliegen. Vielleicht können wir künftig über solche Vereine ein bisschen mehr Sensibilisierung erreichen. Nicht nur hier bei uns im Gemeinderat, sondern in der Bevölkerung, und ich denke da sind dreieinhalbtausend Euro erstmal gut investiert.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch ergänzen, dass es zur Begründung der Verwaltung eine klare Städtetags-Beschlusslage gibt, und man in irgendeine CO₂-Bepreisung reingehen muss, um dieser Sache einigermaßen Herr zu werden. Das ist keine zusätzliche Abgabengängelung, sondern das ist der Versuch, eine Art bisher sozialisierte Problematik wieder auf die umzulegen, die für diese Problematik ein Stück Mitverantwortung tragen. Damit ist es ein ganz reguläres Steuerungsinstrument, wie wir das in vielen anderen Fällen auch haben. Wir schlagen Ihnen hier die Mitgliedschaft vor, weil wir auch auf das Thema im Gemeinderat reagieren, dass nicht nur die Kommune alleine mit ihren Klimaaktivitäten für sich etwas bewirken kann, sondern wir uns auch viel stärker auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen müssen, dass es entsprechende Lösungen gibt. Nach Prüfung im entsprechenden Fachdezernat erscheint die Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe in diesem Verein ein möglicher Weg, dafür ein Stück weit mit zu sorgen, zumal die finanzielle Belastung jetzt auch nicht so hoch ist, dass wir jetzt den Eindruck hätten, wir würden da am Ende mit sehr viel Geld nichts erreichen. Wenn man sich das mit anderen Vereinen, in denen wir Mitglied sind, anschaut, ist das vergleichsweise ein moderater Preis. Insofern können wir Ihnen hier die Annahme des Antrags empfehlen, würden aber auch aufnehmen, dass wir hier immer kritisch darüber berichten, was der Verein bewegt, wie er sich zusammensetzt und agiert. Gegebenenfalls muss man hier dann auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Ich sehe das hier aber auch schon als einen weiteren Schritt im Sinne ihrer Aussagen, dass es die Kommune alleine für sich nicht regeln kann, sondern sie auch auf anderen Ebenen tätig sein muss. Ich stelle das jetzt hier zur Abstimmung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben gehört, dass es erhebliche Zweifel an diesem Verein oder den Leuten, die da das Sagen haben, gibt. Vielleicht sollten wir die Angelegenheit doch in den Ausschuss verweisen, um diese Zweifel ausräumen zu können, bevor wir uns als Stadt Karlsruhe verpflichten, dort Mitglied zu werden.

Der Vorsitzende: Ist das eine Bitte oder ein Antrag? Gut, dann gibt es den Antrag dieses Thema in den Ausschuss zu verweisen. Gibt es dazu eine Gegenrede vom Antragsteller?

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Wir sehen jetzt keinen Grund dafür, das noch mal im Ausschuss zu beraten. Ich denke, jeder konnte sich zu Hause auch auf der Homepage des Vereins informieren. Wir sehen jetzt auch keine massiven Zweifel an der Besetzung des Vereins, wie wir ihn kennen.

Der Vorsitzende: Ich muss leider meine Einschätzung korrigieren, Herr Koch hat mich gerade auf die Hauptsatzung aufmerksam gemacht, worin steht, wenn eine Fraktion Vorberatung wünscht, dass wir dann dem nachgehen. Wir können ja darüber reden, ob das so bleiben muss. Wir haben jetzt sehr viele Fraktionen, die Hauptsatzung kommt noch aus einer Zeit, wo das anders war. Aber jetzt im Moment ist das einfach unsere Handlungsmöglichkeit, insofern würden wir es jetzt zur Vorberatung in den entsprechenden Fachausschuss verweisen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. August 2019